

Paul Gans, Gabriela Bloem, Jens S. Dangschat, Andreas Farwick, Heinz Fassmann, Martin Geiger, Norbert Gestring, Georg Glasze, Birgit Glorius, Vera Hanewinkel, Heike Hanhörster, Martina Kocks, Sybille Münch, Andreas Pott, Claus Schlömer, Ansgar Schmitz-Veltin, Florian Weber, Christina West

Handlungsorientiertes Positionspapier

URN: urn:nbn:de:0156-0754236



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 427 bis 440

Aus:

Paul Gans (Hrsg.)

Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration

Forschungsberichte der ARL 3

Hannover 2014

Paul Gans, Gabriela Bloem, Jens S. Dangschat, Andreas Farwick, Heinz Fassmann, Martin Geiger, Norbert Gestring, Georg Glasze, Birgit Glorius, Vera Hanewinkel, Heike Hanhörster, Martina Kocks, Sybille Münch, Andreas Pott, Claus Schlömer, Ansgar Schmitz-Veltin, Florian Weber, Christina West

Handlungsorientiertes Positionspapier¹

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Entwicklung der internationalen Migration
- 3 Zirkularität und Multidirektionalität internationaler Migration
- 4 Regelung des Zuzugs qualifizierter Arbeitnehmer(innen)
- 5 Differenzierte Aufmerksamkeit auf Diversität und Integration
- 6 Sozioökonomische und soziokulturelle Vielfalt der Migrant(inn)en: Defizite der Datenlage
- 7 Regionale Differenzierung von Zugewanderten
- 8 Ungleiche kleinräumige Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb von Städten und Gemeinden
- 9 Spannungsverhältnis aus administrativ definierten „Behälterräumen“ und relationalen Sozialräumen
- 10 Umgang mit räumlicher Konzentration
- 11 Integration als ganzheitliche und an Diversität orientierte Aufgabe betrachten!

Kurzfassung

Das Positionspapier greift die Fragestellungen auf, die von den Mitgliedern des Arbeitskreises im Zusammenhang mit den „Räumlichen Auswirkungen internationaler Migration“ als fundamentale Herausforderungen für Wissenschaft, Praxis und Politik erachtet werden. Zunächst wird das mit der internationalen Migration eng verknüpfte Thema „Integration“ aus verschiedenen Perspektiven in Bezug auf konzeptionelle Überlegungen sowie Stadtentwicklungspolitik diskutiert. Es folgen Aussagen zu Aspekten wie Multidirektionalität internationaler Migration, Diversität, Umgang mit räumlicher Konzentration und ungleicher kleinräumiger Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und die Betrachtung von Integration als ganzheitlicher und an Diversität orientierter Aufgabe. Die jeweiligen Ausführungen schließen Handlungsempfehlungen für Wissenschaft, Praxis und Politik ein.

Schlüsselwörter

Internationale Migration – Zirkularität – Multidirektionalität – Migrationspolitik – Diversität – Integration – kleinräumige Verteilung – Konzentration – Segregation – Handlungsempfehlungen

¹ Der Beitrag fasst Handlungsempfehlungen der Mitglieder des Arbeitskreises zusammen und enthält daher Textteile aus den vorangegangenen Beiträgen.

Action-oriented position paper

The paper addresses issues connected to the “Spatial Effects of International Migration” that are judged by the members of the working group to represent fundamental challenges for academia, practice and politics. “Integration”, a topic closely connected to international migration, is initially discussed from various perspectives in relation to both conceptual considerations and urban development policy. Attention then turns to aspects such as the multidirectionality of international migration, diversity, dealing with spatial concentration and the uneven small-scale distribution of populations with a migration background, and the consideration of integration as a holistic task focused on diversity. The individual discussions include recommendations for action for academia, practice and politics.

Keywords

International migration – circularity – multidirectionality – migration policy – diversity – integration – small-scale distribution – concentration – segregation – recommendations for action

1 Einführung

Internationale Migration und wachsende Vielfalt sind hochaktuelle gesellschaftspolitische Themen in Deutschland. Lange wurde auf der Basis der Sichtweise auf Gastarbeiter(innen) und Familienzusammenführung Zuwanderung als notwendig, Integration allerdings als problematisch angesehen. Das gilt bis heute insbesondere für die Überlagerung der Konzentration von sozioökonomisch benachteiligten Haushalten mit hohen Ausländeranteilen in bestimmten städtischen Quartieren und Wohnungsmarktsegmenten. Die Herausforderungen zur Integration werden zwar vor Ort in den Kommunen und Quartieren sichtbar und spürbar, doch die Ursachen hierfür sind vielfältig und liegen meist außerhalb der Städte und Gemeinden. Sie sind mit weiteren Ebenen der Politik und Verwaltung sowie mit der Struktur und Dynamik des Bildungs- und Kultursektors, dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, dem Gesundheitssystem oder der Stadtentwicklungsplanung verflochten.

Unter „Integration“ ist in Wissenschaft und kommunaler Verwaltung sehr lange eine eher assimilative Anpassung der Zugewanderten an die als relativ homogen angesehene „Aufnahmegesellschaft“ verstanden worden. Heute sind Stadtgesellschaften jedoch von einer zunehmenden Vielfalt ihrer Bewohner(innen) nach Herkunft, sozialer Lage, Handlungsmöglichkeiten, Wertvorstellungen, Interessen und Lebensstilen, Lebenszielen und Zukunftsorientierungen gekennzeichnet; dies gilt für die Gesellschaft insgesamt, für Personen mit oder ohne Migrationshintergrund. Zunehmend wird „Integration“ daher nicht mehr als einseitige, von den Migrant(inn)en zu erbringende kulturelle Anpassungsleistung verstanden, sondern als Teilhabeanspruch in verschiedenen Lebensbereichen.

Auch die strategischen Gründe für Zuwanderung nach Deutschland haben sich verändert: Zielten die Anwerbeverträge für Gastarbeiter(innen) vor allem darauf, anzulernende Industriearbeiter(innen) zur Weiterentwicklung des Wirtschaftswunders zu gewinnen, so wird aktuell die Notwendigkeit eines quantitativen Zuwachses von Zuwanderung mit dem zukünftigen Bevölkerungsrückgang als Folge des demographischen Wandels begründet. Das Argument fehlender Fachkräfte und hoch qualifizierter Menschen am Arbeitsmarkt hingegen zielt auf die Steuerung hin zu einem qualitativen Zuwachs. In diesem Zusam-

menhang wird Zuwanderung nicht mehr nur als notwendig dargestellt, sondern als Voraussetzung für Kreativität, Innovation und damit für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sowie die Weiterentwicklung der Europäischen Stadt.

Das Spannungsverhältnis zwischen zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt, das sich in unterschiedlichen sozialen Lagen, Kompetenzen, Interessen und Zukunftserwartungen in der Gesellschaft ausdrückt, hat dazu geführt, das Verständnis der gängigen Begriffe „Migration“, „Integration“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ infrage zu stellen. Das Unbehagen am Begriff „Integration“ richtet sich dabei meist weniger gegen die Rahmung durch die klassische Migrationssoziologie, sondern gegen eine Alltagssemantik, die eine binäre Teilung in Zugehörige und Nichtzugehörige, einen Dualismus von „Wir“ und „die Anderen“, impliziert, die das „Eigene“ vom „Fremden“ trennt und das jeweils „Eigene“ in eine privilegierte Position setzt.

Aber auch in der Integrations- und Gleichstellungspolitik der verschiedenen politischen Ebenen, in den Wohlfahrtsverbänden und Bildungseinrichtungen zeichnet sich ein langsamer Perspektivenwechsel von Integration zu Vielfalt ab. Dabei wird mit verschiedenen Konzepten wie Interkultur, Hybridität, Kosmopolitisierung, *diversity* und Diversitätspolitik bis hin zu Inklusion und zunehmend auch Transversalität (Transkultur, Transdifferenz, Transgressivität) der Blick auf die gewachsene Heterogenität nicht nur zwischen, sondern jetzt vor allem innerhalb von vormals als homogen wahrgenommenen Gruppen gelenkt. Dies geht mit einer Ausrichtung an individuellen Lebenslagen, Ressourcen und (Wert-)Orientierungen einher. Damit richten sich die verschiedenen Ansätze gegen eine Essentialisierung von Differenzen und eine gesellschaftliche „Wir-Ihr“-Unterscheidung, indem soziale Konstrukte wie ethnische Identität, Tradition, Homogenität etc. hinterfragt und als jederzeit veränder- und überschreitbar betrachtet werden. Vielfalt als Normalfall setzt rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen voraus, damit Teilhabe nicht von der individuellen „Integrationsfähigkeit“ oder „Integrationsleistung“ abhängig ist.

Trotz dieser wachsenden Potenzialorientierung stellt die fortschreitende Vervielfältigung der Vielfalt der Gesellschaft die einzelnen sozialen Gruppen sowie die Gestalter(innen) von Stadt- und Regionalentwicklung vor neue Herausforderungen des Umgangs miteinander. Dies betrifft Quartiere und Regionen in unterschiedlicher Weise und tangiert dort zugleich Politikfelder und Verwaltungsebenen, die sich lange nicht als zuständig für Integrationsfragen sahen. Wie lässt sich also ein Perspektivenwechsel vom klassischen Integrationsdenken hin zu einem an Vielfalt orientierten Blick in allen gesellschaftlichen Bereichen und räumlichen Zusammenhängen erreichen? Welche Governance- und Teilhabe-Ansätze werden in verschiedenen sozialen und räumlichen Kontexten entwickelt oder lassen sich in Zukunft entwickeln?

Die Reaktion in Politik und Verwaltung auf diese neuen Herausforderungen ist, „Internationale Migration“ und „Integrationsherausforderung“ verstärkt als politische und planerische Querschnittsmaterie zu betrachten. Wie bereits die Strategien des Quartiers- und Regionalmanagements zeigen, geht es darum, Maßnahmen der Stadterneuerung mit denen der Immobilienwirtschaft und der Wirtschaftsförderung, mit Bildungsmaßnahmen („Lernlandschaften“), mit Maßnahmen beruflicher Qualifikation sowie verstärkten und qualitativ veränderten Teilhabeangeboten zu verbinden („horizontale Vernetzung“). Darüber hinaus gilt es, die Maßnahmen, die vor allem auf die Integration vor Ort („Sozialintegration“) zielen, in einen größeren Zusammenhang der Stadt- und Regionalentwicklung einzubinden („Stadtentwicklung als Vielfalts- und Integrationspolitik“). Auch für diesen Bereich müssen weiterhin Methoden, Teilhabeverfahren und Prozesse entwickelt werden, die die zunehmende Vielfalt, die Dynamik und Veränderbarkeit von Differen-

zierungsprozessen und Zugehörigkeitskonstruktionen adaptieren und so zur Alternative zum klassischen Integrationsdenken werden. Obgleich viele deutsche Kommunen im Vergleich zu anderen politischen Ebenen als Vorreiter bei der Gestaltung des Zusammenlebens gelten können, sind sie auf weitere Akteure angewiesen („vertikale Vernetzung“): beispielsweise auf regionaler Ebene auf Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften bei der Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Bildungsbereich auf die Länder und auf die Bundesebene in ihrer Zuständigkeit für Staatsangehörigkeits-, Einwanderungs-, Aufenthalts- und Gleichstellungsrecht („Systemintegration“).

Letzteres wird auch als Bestandteil einer neuen „Willkommenskultur“ betrachtet. Neben guten Arbeitsbedingungen (auch: *dual-career*-Angeboten) ist es – nicht nur – für die Attrahierung Hochqualifizierter und dringend benötigter Facharbeiter(innen) besonders wichtig, eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität sowie angemessene Formen der Teilhabe an der Gestaltung des Alltages anzubieten.

Nachfolgend werden auf der Basis der Einzelbeiträge thematische Schwerpunkte zusammengefasst und Positionen in Wissenschaft, Politik und Praxis kritisch reflektiert. Handlungsempfehlungen sollen Impulse für zukünftige Studien und den Umgang mit Herausforderungen bzgl. räumlicher Auswirkungen internationaler Migration geben.

2 Entwicklung der internationalen Migration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Im Zeitraum von Anfang 1991 bis Ende 2012 zogen gut 20 Mio. Menschen zu, davon hatten 78% eine ausländische Staatsbürgerschaft. Dem Wanderungsgewinn von knapp 5 Mio. Menschen stand in derselben Zeitspanne ein Sterbeüberschuss von 2,7 Mio. gegenüber, der sich in den kommenden Jahren noch deutlich vergrößern wird. Diese wenigen Informationen zur Bevölkerungsentwicklung verdeutlichen, dass internationale Migration und Integration mit den Herausforderungen des demographischen Wandels eng verwoben sind und zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Themenfeldern in Deutschland zählen.

Vor dem Hintergrund von Alterung und Schrumpfung wird Zuwanderung in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft als eine mögliche Strategie zur Bewältigung von Arbeitsmarktengpässen bei Fach- und Führungskräften durchaus positiv beurteilt. Es werden die Chancen erkannt, die im Humankapital wie in der Vernetzung mit den Herkunftsländern liegen. Demgegenüber lässt sich eine Fokussierung des öffentlichen Diskurses hinsichtlich der „Wertschöpfung“ von Migration beobachten, obwohl Deutschland eine Verpflichtung zur Aufnahme von Migrant(inn)en im Rahmen der europäischen Freizügigkeit und im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention hat.

Zur Erhöhung der Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland sollten für alle Migrant(inn)en und schon lange in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund spezifische, auf ihre jeweiligen Bedürfnisse ausgerichtete Angebote zur Unterstützung ihrer Teilhabe an den jeweiligen Funktionssystemen der Gesellschaft ausgebaut und den geänderten Bedingungen der Migration angepasst werden.

3 Zirkularität und Multidirektionalität internationaler Migration

Der öffentliche Diskurs über Zuwanderung und Integration geht überwiegend davon aus, dass die einmal Zugewanderten – mit Ausnahme der Asylsuchenden – im Zielland bleiben und daher integriert werden sollten. Diese Position stellt zwar einen Fortschritt gegenüber der Annahme dar, die Migrant(inn)en würden innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes in ihre Herkunftsländer zurückkehren, spiegelt aber die aktuelle Entwicklung

nicht wider. Seit den 1990er Jahren hat sich der Zustrom von Personen erhöht, die das Bild von Migration als unidirektionalem Ortswechsel infrage stellen, etwa weil ihre Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland bei der Einreise befristet ist – wie beispielsweise bei Saisonarbeitskräften oder Bildungsausländer(inne)n². Teilweise kehren diese Migrant(inn)en innerhalb eines Jahres wieder in ihre Herkunftsländer zurück und möchten sich dennoch die Option offenhalten, zu einem späteren Zeitpunkt wieder nach Deutschland zu kommen. Auch bei den jüngst im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise prozentual deutlich gestiegenen Zuwanderungen beispielsweise aus Spanien kann davon ausgegangen werden, dass ein großer Teil der Migrant(inn)en remigrieren wird, sobald eine wirtschaftliche Erholung in ihrer Heimat eintritt. Daher versperrt die alleinige Bezifferung von Zu- und Abwanderungen aus nationaler Perspektive den Blick darauf, dass sich viele Migrant(inn)en nicht (mehr) eindeutig dem einen oder anderen Herkunftsland zurechnen lassen können, da sie z. B. eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen oder häufig zwischen verschiedenen Staaten pendeln und sich zwischen oder im Einklang mit mehreren Kulturen bewegen. Multilokalität kann sich jedoch unterschiedlich auswirken, da sich die einzelnen Menschen auf die jeweiligen lokalen Kontexte unterschiedlich einlassen und sich damit unterschiedliche Handlungsweisen aneignen: Einige bleiben stärker nur einem lokalen Kontext verankert, andere identifizieren sich weder mit dem einen noch mit dem anderen Kontext, für die nächsten sind die verschiedenen lokalen Kontexte mit unterschiedlichen, aber gleichwertigen und gleich wichtigen Bedeutungen belegt, für wieder andere ist Multilokalität alltäglich. Dementsprechend werden auch die Chancen, sich neue Fähigkeiten – wie z. B. sprachliche Qualifikationen oder transkulturelle Handlungsweisen – anzueignen, ganz unterschiedlich genutzt; dies ist nicht zwingend abhängig von ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen.

Diese multidirektionale Realität oder Zirkularität internationaler Migrationen stellt aus wissenschaftlicher Sicht die Gewohnheit infrage, grenzüberschreitende Bewegungen aus einer räumlich fixierten Perspektive, z. B. aus der von „Behälter-“ oder „Containerräumen“, zu beobachten und zu beschreiben. Letztere Betrachtungsweise kommt zwar den Erfordernissen von Verwaltungen und Organisationen entgegen und ermöglicht zielgerichtete Interventionen, beispielsweise in der Migrationspolitik. Dieses Verständnis bleibt jedoch durch die Freizügigkeit der Bewohner(innen) in der EU hinter der Realität zurück, vor allem wenn sich Wohn- und Arbeitsort in verschiedenen Mitgliedsländern befinden. Internationale Migration ist in zunehmendem Maße durch Transnationalität geprägt, wie durch grenzüberschreitende Familienverpflichtungen, das mehrfache Wechseln von Wohn- und Arbeitsort während des Bildungs- und Berufslebens, Mehrsprachigkeit oder multikulturelle Ehen. Transnationale Wanderungen können zu gesellschaftlichen Veränderungen in den Herkunfts- wie Zielländern führen.

Zugewanderte aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten sollten ihr Aufenthaltsrecht nicht verlieren, wenn sie zeitweise Deutschland verlassen. Internationale Migration ist Tradition und Zukunftsperspektive nicht nur für Regionen in Deutschland, sondern auch in Europa. Transnationale Migrationen können z. B. den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften befördern.

4 Regelung des Zuzugs qualifizierter Arbeitnehmer(innen)

Mit der Greencard-Initiative im Jahre 2000 begegnete die damalige Bundesregierung dem Thema Zuwanderung offensiv und leitete langsam einen Wandel in der Migrationspolitik Deutschlands ein. Beispielhaft dafür stehen in jüngster Zeit das Berufsqualifikati-

² Bildungsausländer(innen) haben ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben und sind in der Regel zum Zwecke des Studiums nach Deutschland eingereist.

onsfeststellungsgesetz (1. April 2012) zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, die Bluecard-Richtlinie der EU zur Anwerbung von Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Staaten (1. August 2012) oder das seit Juni 2012 freigeschaltete Onlineportal „Make it in Germany“, mit dem durch mehrsprachige Informationen zum Leben und Arbeiten in Deutschland gezielt internationale Fachkräfte angeworben werden sollen.

Die demographische Entwicklung, insbesondere die Alterung der Personen im erwerbsfähigen Alter, und ihre Folgen für den Wohlfahrtsstaat haben gemeinsam mit der günstigen konjunkturellen Lage seit 2010 dieses Umdenken in der Migrationspolitik befördert. Politik und Wirtschaft stehen Zuwanderung verbunden mit einer Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials von Erwerbsfähigen in Deutschland heute aus ökonomischer, sozialer und kultureller Perspektive offener gegenüber, während in den 1990er Jahren die mit Zuwanderung konnotierten Herausforderungen und Problemlagen, wie Segregation, „Parallelwelten“, Bildungsarmut oder Arbeitslosigkeit, im Fokus der Diskussionen standen. Einen bedeutenden Beitrag zu dieser Einstellungsänderung leistete die Erkenntnis, dass der zunehmende Wettbewerb um Fachkräfte als wesentliches Handlungsfeld für Integration bisher vernachlässigt worden ist. Dabei zeitigt der demographische Wandel auch insofern eine größere Offenheit gegenüber qualifizierter Zuwanderung, als beispielsweise der Mangel an Pflegekräften die Definition der erwünschten Qualifikation von Zuwanderinnen und Zuwanderern deutlich gegenüber ursprünglichen ausgrenzend wirkenden Vorgaben erweitert hat. Die veränderte Zuwanderungspolitik kann jedoch erst wirksam werden, wenn im Ausland die größere Aufgeschlossenheit Deutschlands gegenüber der Zuwanderung von Hochqualifizierten und Migrant(inn)en mit Mangelberufen bekannt geworden ist. Um Zuwanderung attraktiver zu gestalten, sind folgende Punkte zweckmäßig:

- ein System mit transparenten Kriterien, z. B. in Form eines Punktesystems, das für Hochqualifizierte, Migrant(inn)en mit Mangelberufen, temporäre Migrant(inn)en sowie Bildungsausländer(innen) die Voraussetzung für Zuwanderung festlegt und eine Perspektive für diese Menschen, z. B. die deutsche Staatsbürgerschaft, eröffnet,
- eine dauerhafte Bleibemöglichkeit für Arbeitskräfte mit einer Schul- und Berufsausbildung oder Berufserfahrung in Deutschland,
- eine zügige nachvollziehbare Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Bildungsabschlüsse,
- engagierte Schritte hin zu einer tatsächlich gesamtgesellschaftlich praktizierten und nicht nur ökonomisch gewollten „Willkommens- und Anerkennungskultur“, die sich nicht auf Hochqualifizierte beschränken sollte.

Grundlegend ist hierzu die Anerkennung einer gesellschaftlichen Diversität. Der Blick richtet sich vor allem auf die Chancen und Potenziale, die mit einer zunehmenden sozialen und kulturellen Pluralisierung einhergehen. Dabei geht es auch um eine aktive Zuwanderungspolitik als Teil einer zukunftsorientierten Strategie zur Bewältigung des demographischen Wandels. Damit eine solche Politik der Öffnung nachhaltig und zukunftsorientiert ist, bedarf sie einiger Voraussetzungen:

- aufnahmefähige Märkte, in denen Migrant(inn)en die Chance haben sich zu positionieren, z. B. Arbeit, Wohnen,
- einen gleichberechtigten Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wie Bildung, Gesundheit und Sozialtransfers,
- Chancen zur Partizipation und einen angemessenen Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft.

Im Hinblick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung sollte Deutschland seine Politik der Öffnung forcieren und dazu bei gleichzeitiger Aufarbeitung bestehender Vorurteile und Gegenargumente ein Zuwanderungskonzept erarbeiten, in dem die vielfältigen Interessen der Akteurinnen und Akteure z. B. des Arbeitsmarktes mit denen potenzieller Migrant(inn)en oder von Menschen mit befristetem Aufenthaltsrecht verknüpft werden.

5 Differenzierte Aufmerksamkeit auf Diversität und Integration

Internationale Migration stellt für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund eine, wenn auch unterschiedlich große Herausforderung dar. Die größte Integrationsleistung wird von den Zugewanderten gefordert – das ist ein breit getragener Konsens in allen Einwanderungsländern und aber nur selten explizit thematisiert. Die größte Bereitschaft wird zudem jenen abverlangt, deren sozioökonomische und kulturelle Differenz zur Aufnahmegesellschaft am größten ist. In diesem Zusammenhang wird zudem nur sehr unzureichend reflektiert, dass die Zugewanderten sich auch untereinander kulturübergreifend Integrationsherausforderungen gegenübersehen, wobei sie bei deren Bewältigung selten unterstützt werden.

Diese Ambivalenzen, die mit Integration einhergehen, betreffen aber auch die als autochthon konstruierte Aufnahmegesellschaft, die ihrerseits hinsichtlich der sozialen Lage, des möglichen sozialen Auf- und Abstieges, der eigenen Entwicklungsmöglichkeiten, der Wertvorstellungen und ihrer Artikulationsmöglichkeiten vielfältiger wird. Das Konzept „Modernisierungsgewinner versus -verlierer“ beschreibt zwar grob, aber recht anschaulich die unterschiedliche Offenheit gegenüber „fremden“ Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, insbesondere dann, wenn sie den eigenen Alltag berühren. Den gegenwärtigen Diskurs in Politik, Verwaltung und Unternehmen, Zuwanderung als nahezu ausschließlich positiv darzustellen, übersieht die Tatsache, dass dies nicht von allen Menschen nachvollzogen werden kann und unterschiedliche Branchen, Regionen und Siedlungstypen unterschiedlich betrifft.

Um den Komplex aus Migration, Integration und Überforderung in ihren Facetten und Überlagerungen besser verstehen, nachvollziehen und letztlich auch reaktiv beantworten zu können, sind differenzierte qualitative und quantitative Sozialraumanalysen notwendig.

6 Sozioökonomische und soziokulturelle Vielfalt der Migrant(inn)en: Defizite der Datenlage

Die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist nach demographischen, sozioökonomischen und kulturellen Merkmalen vielfältig; auch die persönlichen Gründe für ihre Migrationsentscheidung sind sehr unterschiedlich: Ukrainische Spätaussiedler(innen) mit deutscher Staatsangehörigkeit, Master-Studierende aus China, in Deutschland geborene Enkelkinder türkischer „Gastarbeiter“, aus den USA zurückgekehrte deutsche Wissenschaftler(innen), japanische Führungskräfte, die bei der Niederlassung ihres Unternehmens in Deutschland internationale Geschäftserfahrung sammeln, politisch wie religiös verfolgte Menschen – diese breite Palette spiegelt die Vielfalt von Migrationsgründen exemplarisch wider. Zudem gibt es innerhalb der amtlichen Statistik keine einheitliche Definition des Begriffs „Migrant(in)“.

Das 2005 in verschiedenen Statistikbereichen eingeführte Konzept des „Migrationshintergrundes“ erweitert die Möglichkeiten, sich der komplexen Relation zwischen internationaler Migration und Integration differenzierter zu nähern, da auch Personen berücksichtigt werden, die z. B. die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und internationale Migrationserfahrung haben. Jedoch führen die beiden Konzepte „Ausländerstatus“ und „Migrationshintergrund“ zu Gruppierungen von Menschen mit unterschiedlicher sozialer Lage, unterschiedlichen Interessen und Möglichkeiten, mit verschiedenen Wertorientierungen und Wertvorstellungen. Damit sind Aussagen zu Wanderungsmotiven, zum Selbstverständnis als Migrant(in) oder Nicht-Migrant(in), zu alltäglichen Aktivitäten oder Migrationsbiographien und auch Aussagen zu Integrationsrisiken auf Basis der räumlich differenzierten Anteile von Ausländer(inne)n und Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht möglich.

Als Folge des segmentierten Statistikangebotes und strikter datenschutzrechtlicher Bestimmungen lassen sich Indikatoren zur sozialen Situation, z. B. aus der Arbeitsmarktstatistik, nicht mit Einwohnerdaten auf individueller Ebene verknüpfen. Dies wäre jedoch notwendig, um die Wechselwirkungen zwischen Migrationsstatus, Einkommen, sozialer Situation und Wohnstandort zu untersuchen. Um die Lebenswirklichkeit abbilden und die Einbindung in verschiedene soziale Kontexte unterschiedlicher Gruppen analysieren zu können, sind ergänzende Umfragen mit großen Stichproben (z. B. Mikrozensus, Sozioökonomisches Panel), Erhebungen im Rahmen des Zensus, aber auch qualitative Studien erforderlich.

Ein differenzierter räumlich-analytischer Zugang unterstützt auch die Sozialarbeit vor Ort. Inzwischen führen viele Kommunen sozialräumliche Erhebungen durch. Integration vor Ort bedeutet in der Regel, Kommunikation zwischen den verschiedenen Bewohner(inne)n und Akteursgruppen im Quartier zu fördern. Dazu bedarf es genauerer Informationen als bisher über die unterschiedlichen Interessen und Vorbehalte, die nicht aus Statistiken ableitbar, sondern nur vor Ort erfahrbar sind. Diese Vorgehensweise setzt ein breites Verständnis insbesondere qualitativer Methoden und eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Sozialarbeit voraus.

Zur Darstellung der Lebenswirklichkeit von Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist eine stärkere Berücksichtigung wissenschaftlicher und planerischer Belange in Bevölkerungsbefragungen wünschenswert. Es sollte möglich sein, unter Wahrung datenschutzrechtlicher Belange, Angaben zur Erwerbstätigkeit, zu Bildungsniveau, zu Sozialleistungen, zur Wohnsituation oder zu Einstellungen und Wertvorstellungen auf individueller Ebene mit Einwohnerdaten zu verknüpfen.

7 Regionale Differenzierung von Zugewanderten

Außenwanderungsgewinne ändern die räumliche Verteilung der Bevölkerung. Sie haben Auswirkungen auf die regionale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie auf das Angebot an Arbeitskräften. Die räumliche Verteilung der nach ihren Nationalitäten definierten sozialen Gruppen unterscheidet sich z. T. deutlich von der der deutschen Bevölkerung. Der Anteil der Ausländer(innen) ist in Westdeutschland deutlich höher als in Ostdeutschland, in Agglomerationen höher als in ländlichen Räumen und in Kernstädten höher als in ihrem Umland. Trotz dieser allgemeinen Aussage gibt es Angehörige von Nationalitäten, die relativ gleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt sind. Welche Ursachen für diese Unterschiede in der räumlichen Konzentration vorliegen und in welcher Weise dieses die Integration in eine heterogene Aufnahmegesellschaft beeinflusst, ist fallweise zu analysieren. Für die klassischen „Gastarbeiter“-Nationen lassen sich deren räumliche Konzentrationen immer noch über die Verteilung der Arbeitsplätze vor dem Anwerbestopp 1973 erklären.

Ökonomische Indikatoren wie unterschiedliche Lohnniveaus oder Arbeitsmarktsituationen spielen seit dem Anwerbestopp 1973 eine zunehmend untergeordnete Rolle zur Erklärung der räumlichen Verteilung von Ausländer(inne)n aus dem Ausland. Zum einen festigen Migrantennetzwerke von Angehörigen aus den „Gastarbeiter“-Nationen räumliche Muster ihrer Wohnstandorte, zum anderen streben die staatlich gelenkten Wohnortzuweisungen von Asylbewerber(inne)n, Asyl suchenden Flüchtlingen oder Spätaussiedler(inne)n eine disperse Verteilung zumindest zwischen den Ländern an. Doch nach Ablauf der Residenzpflicht, die in manchen Bundesländern in den vergangenen Jahren aufgehoben wurde, suchen sie die Nähe zu Verwandten oder Bekannten oder wandern aus Arbeitsplatzgründen zugunsten städtischer Ziele ab. Trotzdem unterscheidet sich die räumliche Verteilung dieser Gruppen z. T. deutlich von derjenigen der „Gastarbeiter“-Nationen. Insbesondere die unterschiedlichen Integrationsbedingungen von Migrant(inn)en in kleinen Städten und Gemeinden im Vergleich zur Situation in Großstädten sind bislang noch wenig beleuchtet.

Wanderungsgewinne mit dem Ausland mildern auf nationaler Ebene sowohl das Ausmaß des zukünftigen Bevölkerungsrückgangs als auch der Bevölkerungsalterung ab. Auf regionaler Ebene profitieren jedoch die ökonomisch bevorteilten Agglomerationen im Vergleich zu den ländlichen Räumen mit der Folge, dass die Zuwanderungen die regionalen Ungleichgewichte zusätzlich verschärfen. Diesem Trend sollte durch Anreize, z. B. für Unternehmen, Zugewanderte zu beschäftigen, entgegengewirkt werden.

8 Ungleiche kleinräumige Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb von Städten und Gemeinden

Die nach Kreisen zu beobachtende Disproportionalität der räumlichen Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund findet sich auch auf kleinräumiger Ebene in den Kommunen. Die ungleiche Verteilung der Wohnstandorte sozialer Gruppen – im Folgenden bezogen auf migrantische Bevölkerung – bezeichnet man als residentielle Segregation. Wissenschaftliche Untersuchungen führen Segregation auf vier Bündel von Ursachen zurück:

- die soziale Ungleichheit in der Wohnbevölkerung,
- die Ungleichheit der städtischen Teilgebiete,
- die Zuweisungsprozesse sozialer Gruppen zu Wohnungsmarktsegmenten, z. B. aufgrund von Diskriminierung, Blockadestrategien oder *nimbyism*³,
- das Interesse am Zusammenleben „Gleicher“, z. B. im Falle einer freiwilligen Segregation wie in *gated communities*.

Segregation wird mithilfe verschiedener Indizes auf der Basis administrativer Einteilungen in Kommunen gemessen. Der Wert des jeweiligen Indexes gibt das durchschnittliche Ausmaß der räumlichen Trennung zwischen definierten Bevölkerungsgruppen auf gesamtstädtischer Ebene an. Indizes der Segregation können aber aus sozialwissenschaftlicher Perspektive kaum sinnvoll interpretiert werden. Insbesondere weist ein hoher Wert nicht notwendigerweise auf ein soziales Problem hin, z. B. die mangelnde Integration einer Bevölkerungsgruppe. Zudem ist die Anwendung von eindimensionalen Indikatoren zur Messung disproportionaler Bevölkerungsverteilungen aus sozialwissenschaftlicher

³ Nimby: Not In My Back Yard.

und -räumlicher Betrachtung unzureichend, da z. B. Personen mit Migrationshintergrund weder hinsichtlich ihrer sozialen Lage noch ihrer raumbezogenen Handlungen homogen sind.

Messungen zur Segregation bzw. zur Konzentration sollten verstärkt mithilfe multi-dimensional definierter Indikatoren oder Typologien erfolgen, bei denen sozioökonomische wie soziokulturelle Kategorien einbezogen werden. Grundsätzlich sollten sich wissenschaftliche Untersuchungen zur residentiellen Segregation in stärkerem Maße an sozialen Prozessen orientieren und mit einem breiteren methodischen Zugang (Sozialraumanalyse) erfasst werden. Ein Ansatz wäre, sich von dem vorherrschenden analytischen Fokus auf Gruppen von Nationalitäten zu lösen und herkunftsübergreifende soziale Lagen und Wertorientierungen etwa entlang von Milieus stärker in den Blick zu rücken.

Sozialräumliche Analysen helfen, Differenzen in der Entwicklung von Stadtteilen zu beobachten und zu bewerten und möglichst zielgenaue Interventionen einzuleiten, wenn soziale Missstände, z. B. hinsichtlich Wohnverhältnissen, Arbeitslosigkeit, Bildungsangeboten oder der Situation öffentlicher Räume, in den Quartieren kumulieren. Ein angemessenes „Integrationsangebot“ für Neuankömmlinge kann ein Quartier nur erbringen, wenn es die Funktion eines Sprungbrettes für den sozialen Aufstieg einnehmen kann und nicht zur Mobilitätsfalle wird.

Kommunen, insbesondere Großstädte, benötigen ein sozialräumliches Monitoring auf Quartiersebene, um spezifische Konzentrationen von Problemlagen und Potenziale in Wohngebieten wie auch deren Veränderungen im Zeitverlauf zu erkennen und hinsichtlich ihrer positiven Aspekte und Risiken einordnen zu können.

9 Spannungsverhältnis aus administrativ definierten „Behälterräumen“ und relationalen Sozialräumen

Segregationsanalysen beziehen sich in der Regel auf administrative Einheiten oder Analyse-räume der amtlichen Statistik. Diese Gliederung der Kommune in einzelne „Behälter“ als räumliche Bezugsebene ist eine für Forschung, Politik, Verwaltung und Raumplanung gleichermaßen wichtige wie bewährte Raumkonstruktion bei der Erfassung von Herausforderungen für die Stadtentwicklung. Eine wissenschaftliche Analyse sozialer, ökonomischer oder ökologischer Prozesse auf der Ebene administrativer Einheiten birgt jedoch die Gefahr, in eine territoriale Denkfalle zu geraten und damit gesellschaftliche Herausforderungen als Probleme von Räumen zu externalisieren. Betrachtet man die ungleiche Verteilung sozialer Gruppen innerhalb von Agglomerationen, sind solche Grenzziehungen für das Verständnis der ursächlichen Zusammenhänge hinderlich, denn die sozialräumlichen Verteilungsmuster sind nur die sichtbaren Erscheinungsformen sozialer und ökonomischer Prozesse, welche jedoch über diese Grenzen hinausreichen.

Städtische Teilräume oder Wohnungsmarktsegmente haben in Abhängigkeit von ihrer Lage im Stadtgebiet, vom sozialen Status, von der Größe oder Zusammensetzung der privaten Haushalte, von den Infrastrukturen und Erreichbarkeiten unterschiedliche Funktionen inne. Sie haben u. U. eben auch eine Funktion in der „Integrationsmaschine Stadt“, und ihr Erfolg ist vor allem in ihrer Leistungsfähigkeit zur ersten Aufnahme von Migrant(inn)en und zum Ermöglichen eines sozialen Aufstiegs zu sehen. Diese Pluralität von Räumen führt letztendlich dazu, dass die für Stadtbewohner(innen) relevanten Aktionsräume, Raumbedeutungen und Ortsbezüge oftmals deutlich von den administrativen und statistisch festgelegten Räumen abweichen. Dies bedeutet, dass der Blick auf die sozialen Mechanismen der infrage stehenden Erscheinungen von Ungleichheit, z. B. auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich, zu richten ist.

Stadtentwicklungspolitische Maßnahmen in Quartieren mit einem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund sollten an den strukturellen Gründen und sozialen Mechanismen ansetzen, die zur Herausbildung solcher Nachbarschaften führen. Das Angebot von bezahlbarem Wohnraum sowie das diskriminierende Verhalten einiger Vermieter(innen) spielen ebenso eine Rolle für die Wohnstandortverteilung der Migrantenhaushalte wie deren Bedürfnis, in der Nähe der erweiterten Familie zu leben. Die Pluralität von Räumen eröffnet zudem Chancen für interethnische und über das Quartier hinausreichende Kontakte. Anerkennung und Stärkung dieser Beziehungen könnte die Einwicklung von Fähigkeiten, z. B. den Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes, und damit die strukturelle Integration nicht nur von Personen mit Migrationshintergrund unterstützen.

10 Umgang mit räumlicher Konzentration

Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund führt oftmals in Verbindung mit der sozialen, baulichen und infrastrukturellen Situation in den jeweiligen Quartieren zu einer negativen Bewertung durch die Öffentlichkeit, Verwaltung, durch Unternehmen und einzelne Wissenschaftler(innen). Sozialräumliche Ungleichheit ist ein stark normativ aufgeladenes und nicht erwünschtes Phänomen, das abzubauen oder erst gar nicht entstehen zu lassen ein zentrales Ziel kommunaler Politik ist. Es ist jedoch notwendig, sich die Vielfalt von Herkunftsländern, Lebensstilen und Lebensentwürfen innerhalb solcher Quartiere sowie die vor allem auch strukturell bedingten Gründe, die zu ihrer Entstehung beitragen, vor Augen zu führen. Daher sind Transkulturalität, das Zusammenleben von Mitgliedern unterschiedlicher Lebenswelten, ihre Beziehungen zueinander und ihre Interaktionen untereinander zu berücksichtigen.

Integration ist eine Herausforderung auf lokaler Ebene, die nicht nur die gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen bedingt. Voraussetzung dafür ist auch die Einbindung in soziale Netze, das Zusammenleben mit unterschiedlichen Wertorientierungen oder die Realisierung von individuellen Lebensprojekten und -zielen.

Hohe Konzentrationen von Menschen mit Migrationshintergrund werden in städtischen Quartieren seitens der Kommunalpolitik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft überwiegend negativ gesehen. Daher seien sie zu vermeiden und mit Strategien der sozialen Mischung abzubauen, insbesondere dann, wenn sich überproportional hohe Anteile von Personen mit Migrationshintergrund, von privaten Haushalten mit niedrigem Einkommen, unzureichende Infrastruktur und wenig attraktive Wohnbedingungen in oftmals innerstädtischen Quartieren, Großwohnsiedlungen oder alten Ortskernen räumlich überlagern.

Eine Wohnungspolitik, die zur Herstellung „sozial ausgewogener Bewohnerstrukturen“ auf Quotierungen und Obergrenzen von Migrantenhaushalten setzt, verschließt die Augen vor strukturellen Gründen für Ungleichverteilungen im städtischen Raum. Sie widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz und ist nur schwer mit einer Willkommenskultur zu vereinbaren. Aktuelle empirische Studien aus verschiedenen europäischen Ländern belegen zudem die begrenzte Wirkung, die mit Mischungskonzepten einhergeht. Wichtig ist es daher, soziale Mischungsstrategien in den von Migrant(inn)en geprägten Quartieren differenziert zu bewerten.

Unter Vertreter(inne)n von Kommunen und Wissenschaft ist die These verbreitet, dass eine hohe Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund in einem Quartier die Integration in die Aufnahmegesellschaft erschwere und daher zu verhindern sei. Denn zum einen begrenzen der niedrige soziale Status der Migrant(inn)en oder ihr geringes Bil-

dungsniveau z. B. den Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zum andern wird diesen Quartieren aufgrund ihrer verminderten Ressourcenausstattung, von Prozessen des sozialen Lernens und eines negativen Images eine benachteiligende Wirkung z. B. auf die Qualität der schulischen Bildung oder den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse unterstellt. Doch sind zumindest in europäischen Wohlfahrtsstaaten die empirischen Befunde zu den Nachbarschaftseffekten nicht eindeutig. Zudem übernehmen gerade innerstädtische, durch Migration geprägte Quartiere mit ihrer sozialen und gewerblichen Infrastruktur und den vielschichtigen informellen binnenethnisch orientierten sozialen und lokal verankerten solidarischen Netzwerken insbesondere für die neu Zugewanderten eine wichtige Aufnahme- und Integrationsfunktion. Als Ankunftsort erbringen diese Quartiere eine „Integrationsleistung“, da die Einbindung der ankommenden und erstmals dort wohnenden Haushalte in Netzwerke die Ankunft und Orientierung im Zielland erleichtert. Teilweise werden diese Quartiere nach einem individuellen sozialen Aufstieg zu einem späteren Zeitpunkt wieder verlassen, teilweise wird der Wohnstandort im Ankunftsquartier auch nach sozialem Aufstieg und Konsolidierung beibehalten.

Diese Bedeutung von migrantisch geprägten Vierteln für die Orientierung von Migrant(inn)en nach ihrer Zuwanderung sowie für die Vermittlung von Einkommens- und Wohnmöglichkeiten sollte anerkannt und entsprechend gestärkt werden: Derartige „Ankunftsquartiere“ zeichnen sich zwar durch eine hohe Fluktuation der Bevölkerung aus, dies kann jedoch nicht per se negativ konnotiert werden – zumal Ankunftsquartiere mit ihren unterschiedlichen Dynamiken integraler und notwendiger Bestandteil von Städten sind und sich im Laufe der Zeit räumlich verlagern können.

11 Integration als ganzheitliche und an Diversität orientierte Aufgabe betrachten!

Auf lokaler Ebene kann eine Verknüpfung von Sozial-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik mit Gleichstellungspolitik, Sport- oder Wirtschaftsförderung, die in ihrer Gesamtheit die Querschnittspolitik „Integration“ ausmachen, den negativen Zusammenhang zwischen Migration, Bildungsbenachteiligung und niedrigem sozialen Status abfedern. Die gesellschaftliche Struktur in Quartieren mit einer hohen Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bildet sich vor allem in den Schulen der städtischen Wohngebiete ab. Schulsegregation wird zudem durch die Umgehung von Schuleinzugsbezirken durch Mittelschicht Haushalte verstärkt. Manche Schulen in diesen Quartieren fallen durch unterdurchschnittliche Leistungen ihrer Schüler(innen) auf, was in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer Fokussierung auf jene Migrant(inn)en führt, die aufgrund von sozialer Benachteiligung schwächere Bildungsleistungen aufweisen. Hingegen wird die Existenz besonders leistungsfähiger Migrant(inn)en meist ausgeblendet, weil bei diesem Personenkreis kein Handlungsbedarf hinsichtlich Integration gesehen wurde und wird. In aktuellen Debatten wird deren Potenzial jedoch zunehmend hervorgehoben. In Schulen in benachteiligten Quartieren mit einem hohen Anteil von Schüler(inne)n mit Migrationshintergrund sollte neben einem qualitativ vollen Unterricht verstärkt Wert auf ein gutes Lernklima, gezielte Förderangebote und ein anregendes soziokulturelles Umfeld gelegt werden.

Dafür benötigen die in Frage kommenden Schulstandorte eine bevorzugte finanzielle und personelle Förderung, die auch die Weiterbildung des Lehrpersonals einschließt. Entsprechende Investitionen kommen einerseits den Schüler(inne)n des Quartiers zu Gute und könnten andererseits langfristig die Außenwahrnehmung von Schule und Quartier verbessern.

Die Vielfalt von Haushalten mit unterschiedlichem sozialen Status und kulturellem Hintergrund in benachteiligten Quartieren sollte mit dem gebündelten Einsatz von Fördermitteln, der Mobilisierung von Ressourcen und Potenzialen vor Ort gestärkt werden. Auf diese Herausforderung wurde mit der Neu-Fassung des Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“ insofern reagiert, als der Fehler der Vergangenheit - Reduktion der Mittel auf bauliche Investitionen - nicht nur korrigiert, sondern die Mittel für die „Investition in die Kohäsion“ deutlich ausgeweitet wurden. Nun geht es darum, diese im Sinne des Empowerments, der Unterstützung von integrativen Formen und einer ausgeweiteten Form von Beteiligungen bei Stadt(teil)entwicklungen zu nutzen. Ein zweites Instrument wäre die Förderung der Wohneigentumsbildung, da diese baulich-räumlich wie auch symbolisch ein stabilisierendes Element für Haushalte wie Quartiersentwicklung darstellt. Kommunen unterstützen den Erwerb von Eigentum durch unterschiedliche Formen finanzieller Hilfen, solange eine gewisse soziale Bedürftigkeit vorliegt. Grundsätzlich sollten politische Steuerungsmöglichkeiten wie sozialer Wohnungsbau und Vorgaben bei der Ausweisung von Neubaugebieten genutzt werden, um auch ökonomisch schwächeren Haushalten größere Wahlfreiheiten am Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

Bauliche Aufwertungs- und soziale Stabilisierungsmaßnahmen sollten durch positive Imagekampagnen begleitet werden, die helfen, die erreichten Verbesserungen auch über die Grenzen des Quartiers hinaus bekannt zu machen und damit Prozesse der Stigmatisierung und Diskriminierung von außen abzubauen. *Neighbourhood Branding*, eine Strategie aus den Niederlanden, zielt im Anschluss an bauliche Erneuerungen und Wohnumfeldverbesserungen unter Einbezug der Bewohner(innen) durch verschiedene Projekte auf die Entwicklung eines spezifischen Profils, das nach außen wie nach innen positiv kommuniziert werden kann. Von der Idee her soll dieser Ansatz über eine reine Markenentwicklung hinausgehen, weshalb möglichst viele Projekte aus unterschiedlichen Handlungsfeldern (städtebaulich-architektonisch, sozial, kulturell) einbezogen werden sollten. Im Zusammenhang mit dem Einsatz solcher Strategien entsteht jedoch immer wieder die Herausforderung, das Verhältnis von Aufwertung und Gentrifizierung neu zu diskutieren.

Begleitend zu verschiedenen Maßnahmen, die den Zugang und die Teilhabe zu verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssystemen ermöglichen sollen, entwickelt eine Vielzahl von Städten Diversitätskonzepte zur Intensivierung interkultureller Beziehungen. Die meisten Städte fördern z. B. die kulturelle Öffnung, die vorsieht, Personen mit Migrationshintergrund in bestehende Institutionen einzubinden. Manche Städte haben Leitbilder oder Visionen entwickelt, die auf eine kollektive Identität aller Bürger(innen) zielt. Beispiele hierzu sind „Die Stadt gehört jedem“ in Antwerpen oder „Wir in Stuttgart“. Ausländer(innen) sind diejenigen, die keine Deutschen sind, Stuttgarter sind jedoch alle, die in der Stadt leben. Diversität rückt die Anerkennung unterschiedlicher Biographien von Menschen in den Mittelpunkt. Dagegen bleiben tradierte Integrationskonzepte in homogenisierenden Denkmustern verhaftet. Ethnische, nationale oder religiöse Differenzierungen können zwar einerseits als Anerkennung von wichtigen gesellschaftlich angemessenen Unterscheidungen und Zugehörigkeiten gelesen werden. Andererseits werden Individuen mit der Zuweisung zu diesen Differenzmerkmalen *bestimmte* Identitäten zugeschrieben. Damit wird die Vielfalt der Einzelnen mit ihren multiplen Identitäten ignoriert und Gesellschaft somit entlang homogenisierender Differenzierungen strukturiert.

„Integrationskonzepte“ von Städten sind heute vor die Aufgabe gestellt, einerseits die Gemeinsamkeit von sozialen Problemlagen der Bevölkerung zu betonen und andererseits die Normalität von Konflikten nicht auszublenden, ohne diese jedoch immer und immer wieder in den Zusammenhang mit Nationalität zu stellen bzw. auf einen

entsprechenden Migrationshintergrund oder ethnische Zugehörigkeit zu reduzieren. Angesichts des zunehmenden Bewusstseins von Vielfalt in all ihren Facetten und Ausprägungen kann Gesellschaft auch in kommunalen Integrationskonzepten nicht mehr nur durch die Zuweisung von wenigen Kategorien differenziert werden. Geschieht dies trotzdem, werden Grenzziehungen und Trennlinien reproduziert und verstärkt, die nicht nur mit Diskriminierung und Stigmatisierung verbunden sind, sondern der Nichtbeachtung von ausdifferenzierten Lebensentwürfen weiterhin Vorschub leisten und so den Ideen von Vielfalt, Diversität, Integration und Inklusion längerfristig entgegenwirken.

In Baden-Württemberg hat fast jeder fünfte Selbstständige ausländische Wurzeln. Ihre Unternehmen mit fast 250.000 Beschäftigten erzielen einen Umsatz von 38 Mrd. Euro im Jahr, und ihre Struktur vollzieht einen Wandel hin zu Branchen mit hoher Produktivität. Viele Migrant(inn)en haben aus unterschiedlichen Gründen eine erhöhte Bereitschaft zur unternehmerischen Selbstständigkeit. Das Thema „migrantisches Unternehmertum“ gewinnt auch in kommunalen Integrationskonzepten wachsende Bedeutung, ermöglichen doch Unternehmer(innen), Freiberufler(innen) oder Handwerker(innen) für sich, ihre Familien und ihre Mitarbeiter(innen) sozioökonomische Teilhabe. Der Erfolg dieser Aktivitäten kann durch eine interkulturell sensible Gründungsberatung, eine Kooperation von Wirtschaftsförderung und von städtischen Fachressorts, die für integrationspolitische Aufgaben zuständig sind, resp. von entsprechenden Intermediären unterstützt werden. Die Potenziale sollten aktiv gefördert und Hilfestellungen angeboten werden, ohne jedoch stigmatisierend zu wirken: Nicht alle Personen mit Migrationshintergrund sehen sich als Migrantin oder Migranten und wollen eventuell nicht entsprechend angesprochen werden.

Bei der Förderung von *migrant businesses* ist sensibles Vorgehen vonnöten, um nicht zu diskriminieren, sondern Unterstützung zu bieten, wie beispielsweise in Bezug auf deutsche Rechtsvorschriften oder Anlaufstellen für Problemlösungen.

Internationale Migrationen führen zu räumlichen Konzentrationen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Kommunen und Regionen, welche in ihrer Verzahnung mit gesellschaftlichen Veränderungen die Stadt- und Regionalentwicklung herausfordern. Ursache dafür ist ein enger Zusammenhang zwischen Migration, sozialer Ungleichheit und insbesondere Bildungserfolg. Viele Bildungsprozesse laufen auf der Ebene des Wohnquartiers und der dort befindlichen Bildungseinrichtungen ab. Sie sind daher ein wichtiger Ansatzpunkt für konkrete Maßnahmen zur Unterstützung des Bildungserfolgs aller Schüler(innen). Der gesellschaftliche Kontext im Quartier ist bei entsprechenden Vorhaben einzubeziehen. Dazu ist vertieftes Wissen über die spezifische Situation vor Ort notwendig, damit u. a. in Bildungseinrichtungen eine differenzierte Sprachfähigkeit bzgl. der Mutter- bzw. Familiensprache wie der Deutschkenntnisse entwickelt wird. Diese Kompetenzen sollten gestärkt werden, über alle schulischen Übergänge hinweg und auf einem hochwertigen Niveau. Entsprechende Fähigkeiten verbessern den Zugang zu einem Arbeitsmarkt, der zukünftig noch mehr als heute eine globale und damit auch eine europäische Orientierung haben wird.

Eine Verknüpfung der Politikfelder Bildungspolitik, Integrationspolitik und Stadtentwicklungspolitik ist notwendig, um der Komplexität der Themen gerecht zu werden. Auf kommunaler Ebene sollte dafür Sorge getragen werden, dass das kulturelle Kapital von Migrantenfamilien in Wert gesetzt werden kann. Neben den gesetzlichen Regelungen zur Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen gehören dazu auch verständliche Informationsangebote über die Funktionsweisen deutscher Bildungs- und Berufssysteme sowie Karrierewege. Öffentliche Institutionen sollten eine Vorbildfunktion einnehmen.